

# VORBILD ITALIEN – UND WAS EUROPA JETZT TUN MUSS

Luca Argenta/Michael Braun/Tobias Mörschel  
März 2020

FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG

Bis zum 21. Februar schien Italien so gut wie gar nicht von der Coronakrise getroffen zu sein. Es gab ganze drei Infektionsfälle in Rom (ein chinesisches Touristenpaar und ein italienischer China-Rückkehrer), die schnell ausfindig gemacht und isoliert worden waren und deshalb niemand weiteren ansteckten. Doch dann trat am 21. Februar in der Lombardei ein erster Fall auf, fast zeitgleich auch einer im Veneto. Und schnell zeigte sich: Die Infektionskette konnte hier nicht mehr rekonstruiert werden, offenkundig – dies demonstrierten zahlreiche weitere Fälle in den nächsten Tagen – grassierte die Epidemie dort schon seit Wochen unerkannt. Seitdem ist Italien mit exponentiellen Zuwachsraten bei den Infizierten ebenso wie bei den Toten konfrontiert. **Es erlebte als erstes europäisches Land den weitgehend unkontrollierten Vormarsch der Seuche, ohne auch nur im Ansatz über eine Blaupause sei es aus der eigenen Geschichte, sei es aus anderen europäischen Ländern zu verfügen.** Am Abend des 18. März wurden im ganzen Land 35.713 diagnostizierte Fälle gemeldet, unter ihnen mehr als fast 3.000 Tote.

Im Nachhinein lassen sich deshalb viele Reaktionen des italienischen Staates als zögerlich interpretieren. Doch seinerzeit herrschte auch im Ausland eher ein entgegengesetztes Erstaunen, nach dem Motto: Ist das denn wirklich nötig? Schon am 22. Februar schuf die Regierung zwei sehr umgrenzte »Rote«-Quarantäne-Zonen, riegelte elf Kommunen in der Lombardei und im Veneto mit etwa 50.000 Einwohnern rigoros ab. Den weiteren Vormarsch des Virus konnte dies nicht bremsen. Daraufhin erging am 4. März nachmittags der Beschluss, ab dem kommenden Tag umgehend und unverzüglich alle Bildungseinrichtungen des Landes von der Kinderkrippe zur Uni zunächst für zehn Tage komplett zu schließen; mittlerweile ist die Schließung bis zum 3. April verlängert. Am 8. März unterzeichnete Regierungschef Giuseppe Conte dann ein Dekret, das zunächst 16 Millionen Bürgern in der Region Lombardei und in 14 weiteren Provinzen des Nordens drastische Einschränkungen auferlegte, alle öffentlichen Veranstaltungen untersagte, das Verlassen des Hauses nur noch gestattete, um zur Arbeit zu gehen, einzukaufen oder andere unverzichtbare Dinge zu erledigen. Nur drei Tage später wurden diese Einschränkungen über Nacht auf ganz Italien ausgedehnt und weiter verschärft.

Seitdem sind alle Restaurants und Bars sowie alle Geschäfte geschlossen, die nicht lebensnotwendigen Bedarf verkaufen, sind die Bürger zum Hausarrest verurteilt.

**Binnen einer Woche war Italien also von der Schließung zur Schließung des ganzen Landes geschritten, hatte einen radikalen Paradigmenwechsel vollzogen.** Noch in den ersten Märztagen etwa hatte Mailands Bürgermeister Giuseppe Sala die Parole ausgegeben, »Mailand bleibt offen«, hatten auch in einigen der am härtesten getroffenen Krisenzonen der Lombardei die Unternehmer und ihre Verbände gegen weitere Einschränkungen protestiert, da sie um die Wirtschaft fürchteten. Doch **mit dem radikalen Paradigmenwechsel lieferte Italien nun seinerseits eine Blaupause für Europa**, deren Hauptstichworte »soziale Distanzierung« und »Abflachung der Infektionskurve« lauten. Da nämlich die Epidemie nicht mehr gestoppt werden kann, geht es nun darum, ihre Ausbreitung zu verlangsamen, auch um den Preis hoher Kosten auf dem Feld der Bürgerrechte ebenso wie der Ökonomie. Aber nur so besteht eine Chance, den Zusammenbruch des Gesundheitssystems und zahllose Todesopfer noch zu vermeiden.

Den gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen versucht die Regierung wiederum mit einer Fülle von Maßnahmen zu begegnen. Am 11. März beschloss das Parlament einstimmig die Einstellung von zunächst weiteren 25 Milliarden Euro in den Staatshaushalt. Am 16. März folgte ein detailliertes Dekret, das unter anderem deutlich erweitertes Kurzarbeitsgeld für die Beschäftigten, Einkommensbeihilfen für Selbstständige, Zuzahlungen für die Kosten der Kinderbetreuung, Steuerstundungen für Unternehmen sowie Kreditstundungen vorsieht.

**Im Fazit lässt sich festhalten, dass Italiens Regierung nach erstem Zögern entschlossen auf einen Kurs umgeschwenkt ist, der in Europa zu Friedenszeiten bis vor wenigen Tagen unvorstellbare Einschränkungen mit sich bringt.**

Vor allem Ministerpräsident Giuseppe Conte ist in dieser Krise das Gesicht des italienischen Staates gegenüber seinen Bürgern, er vereint faktisch in seinen Ansprachen ans Volk die Rollen des Regierungs- und des Staatschefs. Und er zeichnet sich durch äußerst effiziente Kommunikation aus, tritt ebenso ruhig wie bestimmt auf, redet um die Härte der Einschränkungen nicht herum, macht die Dramatik der Situation deutlich, appelliert aber zugleich an den Bürgersinn der Italiener und findet die richtigen Worte, wenn er zum Beispiel erklärt, »Wir müssen heute auf Abstand gehen, um uns morgen umso fester zu umarmen«.

Und die Meinungsumfragen geben ihm Recht: In einer am 16. März publizierten Umfrage bekunden zwar nur 29 % generell ihr Vertrauen in die Regierung, doch 74 % halten ihren Kurs in der Coronaviruskrise für angemessen und weitere 13 % würden gar noch härtere Maßnahmen befürworten, während nur 5 % die Maßnahmen für »übertrieben« halten.

In Deutschland und anderen Ländern wird hingegen aktuell immer wieder davon gesprochen, man müsse *italienische Verhältnisse* vermeiden. Das ist eine vollkommene Fehlwahrnehmung der Situation und ein Affront gegenüber dem, was Italien gerade leistet. Die italienische Regierung handelt sehr mutig und konsequent, und **die italienische Bevölkerung leistet Bemerkenswertes: über Nacht stellt sie ihr soziales Leben von Bozen bis Palermo umstandslos ein, meidet einander statt miteinander auszugehen, was ein historisch beispielloser Akt von Gemeinsinn und Verantwortungsgefühl ist.** Es war mutig, einen solchen Weg als erster in Europa zu beschreiten, der bedeutet, dass elementare demokratische Grundrechte (Versammlungs- und Bewegungsfreiheit) temporär strikt eingeschränkt werden. Die anfänglichen Reaktionen von vielen europäischen Partnern, Institutionen und Medien auf die drastischen italienischen Maßnahmen waren hingegen Verspottung, Unterschätzung und Untätigkeit. Erst jetzt, da sich die Covid-19-Fälle in ganz Europa rasant ausbreiten und alle EU-Länder betroffen sind, werden europaweit mit unnötiger Verzögerung ähnliche Notmaßnahmen vorgenommen und die *italienischen Verhältnisse* werden zum Handlungsvorbild für andere europäische Staaten.

**In Italien setzt sich hingegen zusehends das Gefühl fest, in einer schweren Krise wieder einmal von Europa alleine gelassen worden zu sein.** Wie damals bei der Eurokrise 2008ff, dann während der Flüchtlingskrise 2015ff und nun bei der Bewältigung der Coronakrise 2020. **Überwältigende 88 % antworten mit Nein auf die Frage, ob »die EU Italien hilft«.** Die Zahlen müssen Deutschland und Europa aufhorchen lassen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind die europäischen Antworten unzureichend. Das Bewusstsein, dass die Coronakrise keine italienische, sondern eine europäische ist, beginnt erst zögerlich zu entstehen. Aus den vergangenen Krisen hätte man lernen können, wie wichtig jedes Wort und jedes Zeichen sind. Die Pressekonferenz der EZB-Chefin Lagarde hingegen am 12. März war ein verheerendes Zeugnis der Ignoranz und Arroganz, mit dem Europa in Italien zusehends assoziiert wird. Ihre Ausführungen, dass sie kein »whatever it takes 2.0« anstrebe und es nicht die Aufgabe der EZB sei, den

Spread zu schließen, verursachten, dass die Aufschläge für italienischen Anleihen am Markt in die Höhe schossen und das Vertrauen der Italiener auf Unterstützung durch Europa in den Keller stürzte. Die nachgeschobene Entschuldigung half nichts und heilt den angerichteten Schaden genauso wenig wie das erst am Tag danach geäußerte Statement der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, ihre Institution sei bereit zu tun »was auch immer notwendig ist, um die europäische Wirtschaft zu unterstützen«. Laut dem italienischen EU-Botschafter Maurizio Massari hat Italien trotz Anfragen seit Februar von keinem EU-Land Unterstützung angeboten bekommen. Erst am 15. März informierte der EU-Industriekommissar, dass nun Atemschutzmasken und medizinisches Versorgungsmaterial aus Deutschland und Frankreich unterwegs seien. Zu spät, um den mit dem Exportverbot einhergegangenen Vertrauensverlust zu heilen. Einzig China hatte prompt reagiert und mittlerweile zwei Teams von medizinischen Fachkräften nach Italien geschickt, was in der italienischen Bevölkerung sehr anerkennend wahrgenommen wurde.

Ein unkoordiniertes Vorgehen, eine konfuse Kommunikation und ein unsolidarischer Umgang untereinander sind kaum der richtige Weg, um diese beispiellose Krise in Europa zu bewältigen. **Die Krise wird zur Belastungsprobe für Europa werden.** Europa muss sich in dieser Krise bewähren und den Rückfall in nationales Denken und Agieren verhindern. Folgende Punkte sind hierbei entscheidend:

1. Für die Festlegung der nationalen Gesundheitspolitik sind ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig, inkl. der Organisation und Bereitstellung von Gesundheitsdiensten. Laut Art. 168 des AEUVs hat die Union nur eine Rolle in der Ergänzung der nationalen Politiken; ihre Ergänzungstätigkeit spiegelt sich in den Wörtern »Bekämpfung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren« wider. Trotz dieser rechtlichen Grundlage sollte ein besser koordiniertes Vorgehen der europäischen Institutionen und insbesondere des EPSCO-Rats (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) gefördert werden. Das Virus kennt keine Grenzen und nur eine konzertierte und rasche Aktion dieser politischen Akteure kann seine Ausbreitung minimieren.

2. Auf dem Kommunikationsniveau müssen die EU-Institutionen dezidiert und kohärent miteinander umgehen. Zusammen mit anderen Maßnahmen (siehe z. B. den Europäischen Stabilitätsmechanismus) hatte 2012 Mario Draghi »whatever it takes« kurzfristig die Märkte beruhigt und langfristig den Euro gerettet. Verspätete und fehlerhafte Kommunikationen sind zu vermeiden.

3. Italien darf in dieser Zeit nicht im Stich gelassen werden, die EU muss sich solidarisch zeigen. Rasch sollte die Union die Solidaritätsklausel des Art. 222 des AEUVs nutzen und solidarische Hilfe anbieten. Diese ermöglicht der EU, »alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel« zu mobilisieren, wenn ein Mitgliedstaat »von einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe« betroffen ist. Obwohl aus nationaler Sorge verständlich, war das von Deutschland und Frankreich eingeführte Exportverbot von medizinischen Materialien ein Angriff auf die europäische Solidarität.

4. Nicht zuletzt sind vorbeugende wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. Bereits vor der Covid19-Krise stand Italien am Rande einer Rezession und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die öffentlichen Finanzen, der Bankensektor und die reale Wirtschaft stark leiden werden. Dass die EU »maximale Flexibilität« zeigt, damit die 27 Regierungen ihre Ausgaben erhöhen und Staatsbeihilfen zur Verfügung stellen können, ist es ein erstes gutes Signal. Erforderlich ist, dass die gemeinsamen EU-Institutionen sowie Deutschland und Frankreich als größte und zweitgrößte EU-Wirtschaft jeweils kontinuierlich Bereitschaft für finanzielle und materielle Unterstützung zeigen.

5. Diese außerordentliche Notlage sollte alle Beteiligten (EU-Institutionen und nationale Regierungen) von der Notwendigkeit überzeugen, dass für die Union weitere finanzielle und politische Instrumente zur Bewältigung konjunktureller und struktureller Krisen erforderlich sind. Angesichts der gegenwärtigen Krise und kommenden negativen Effekten sollte sich Europa gut überlegen, ob es nicht hilfreich wäre, den Umfang und die Prioritäten des EU-Haushaltsplans für den Zeitraum 2021–2027 zu revidieren und wie vom EU-Parlament vorgeschlagen, den Betrag auf 1,3 % des GDP festzulegen.

**Das Virus kennt keine Grenzen und die Antwort auf das Virus darf auch keine Grenzen kennen!**

Autoren:

Luca Argenta, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Italien

Michael Braun, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Italien

Tobias Mörschel, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Italien

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung

Piazza Capranica 95, 00187 Roma, Italia

Tel.: ++49 30 269 35 7706

[info@fes-italia.org](mailto:info@fes-italia.org)

[www.fes-italia.org](http://www.fes-italia.org)

Facebook: [@FESItalia](https://www.facebook.com/FESItalia)